



Dr. Anton Hofreiter

Oliver Krischer

Dr. Valerie Wilms

C/O DR. ANTON HOFREITER ★ PLATZ DER REPUBLIK 1 ★ 11011 BERLIN

Martin Schulz

SPD-Kanzlerkandidat

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

per Mail

Ihre Position zur PKW-Maut und Abstimmungsverhalten SPD

Berlin, 9. März 2017

Sehr geehrter Herr Schulz,

auch auf diesem Wege möchten wir Ihnen herzlich zur Kanzlerkandidatur und – von der Wahl darf man ja fest ausgehen - zum Parteivorsitz der SPD gratulieren.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit und einen fairen Wahlkampf.

Ebenso freut uns, dass Sie – aus der Aachener Euro-Region stammend – in der Vergangenheit stets die Dobrindt-Maut ablehnten.

In Ihrer Heimat – aber auch allen anderen Grenzregionen und deutschlandweit schadet diese Maut besonders. Ohne dass die Dobrindt-Maut positive Effekte für unser Land hätte, baut sie unnötigen Unmut und Gegensätze zu unseren Nachbarn auf. Wir sind uns sicher einig, dass gerade jetzt Impulse für ein gemeinsames Europa dringend nötig sind, keine, die uns abgrenzen.

Mit Interesse haben wir deshalb Ihre Äußerungen in der Vergangenheit zur PKW-Maut wahrgenommen. Bereits im Mai 2014 sagten Sie völlig zu Recht im Interview mit der Auto Club Europa (ACE) Mitgliederzeitschrift (Ausgabe 5/2014), dass die Maut „eine Idee der CSU“ war und dass Sie und die SPD insgesamt die Maut nur mittragen würden, wenn „sie nicht gegen europäisches Recht verstößt“.

Es gibt viele Gutachten – wie etwa von den unabhängigen Juristen der Bundestagsverwaltung – die die EU-Rechtskonformität negieren. Auch nach

Dr. Anton Hofreiter MdB

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 9. März 2017

Oliver Krischer MdB

Dr. Valerie Wilms MdB

den neusten am 25.1.2017 vom Bundeskabinett verabschiedeten Änderungen bestehen erhebliche Zweifel an der EU-Rechtskonformität.

Es ist gut, dass auch die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament am 25.1.2017 wiederum ein klares Nein zur jüngst verabschiedeten Dobrindt-Maut forderte. Auf der Homepage der SPD-Gruppe im EU-Parlament heißt es: „Diese einseitige finanzielle Belastung von EU-Ausländern ist nach Ansicht der Europa-SPD diskriminierend. [...] Dobrindt will EU-Ausländer abkassieren, während er seine potenziellen Wähler daheim schont. Diese Ungleichbehandlung widerspricht dem Grundprinzip der Europäischen Union, und wir werden alles daran setzen, sie zu verhindern“.

Wir begrüßen diese klaren Äußerungen ausdrücklich und hoffen, dass Ihre Kritik und Ihr Widerstand gegen die Dobrindt noch wirkungsvoller sein wird. Da der Bundestag in Kürze erneut über die Maut-Gesetze von Herrn Dobrindt abstimmen soll, haben wir keinen Zweifel, dass die SPD-Fraktion sich der Positionen ihres Kanzlerkandidaten und designierten Parteivorsitzenden anschließen wird. Wir fordern Sie deshalb auf, Ihren Parteigenossen in der Bundestagsfraktion und den Landesregierungen Ihre Sichtweise unmissverständlich nahezulegen.

Mit herzlichen Grüßen

